# Aktionszeitung Nr. 4 ist erschienen!

Hier geht es zum Download der Aktionszeitung Nr. 4: https://aktionszeitung.de/wp-content/uploads/2026/09/aktionszeitung04web.pdf

aktions zeitung
Nr. 4 September 2026

Für Industriearbeitsplätze mit Zukunft und ohne Rüstung

# Ohne Streik wird sich nichts ändern

**Mal ehrlich: Fünf Prozent vom Bruttoinlandsprodukt bis 2029 fürs Militär – das sind, gemessen an den Werten von 2025, 226 Mrd. Euro – die Hälfte des Bundeshaushalts. Das meiste davon durch Schulden finanziert. Und, bitte: nicht einmalig, sondern jährlich.**

Da werden die jetzt vorgesehenen Kürzungen bei den Sozialleistungen, im Gesundheitswesen und bei der Rente nicht reichen, schlimmere werden folgen – wenn wir nicht dafür sorgen, dass dieser Wahnsinn gestoppt wird.
Die diesjährigen Angriffe auf unsere sozialen Errungenschaften sind die massivsten seit über 80 Jahren. Die Agenda 2030 lässt die Agenda 2010 weit hinter sich. Diesmal wird nicht nur Arbeitslosen und Sozialhilfebeziehenden der Krieg erklärt mit Folgen für das Lohnniveau. Diesmal gibt es außerdem einen Generalangriff auf die Arbeitszeit:

- die Lebensarbeitszeit – keine abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren;
- die Wochenarbeitszeit – Rückkehr zur 40-Stunden-Woche
- die tägliche Arbeitszeit – Arbeitstage von bis zu 13 Stunden.

Wir sollen uns so lange kaputtschuften, dass wir gar nicht mehr in den Genuss der Rente kommen.

Der Krankenstand ist so hoch wie seit 1970 nicht mehr – aber gesundheitliche Leistungen und ein Teil der Lohnfortzahlung werden gestrichen. Und wenn uns das krank macht, soll das künftig unser Privatproblem sein.
Dafür spült die Ersetzung der Riesterrente durch ein privates „Altersvorsorgeguthaben" hunderte Milliarden Euro in die Kassen des Vermögensverwalters Blackrock und anderer Finanzhaie. Füllt sich da Friedrich Merz, Ex-Aufsichtsratschef von Blackrock-Deutschland, die Taschen?

Die Angriffe kommen auch von Konzernvorständen. Sie arbei-

die E-Autos produzieren.

Die Deindustrialisierung Deutschlands erfährt einen neuen, starken Schub, den die Rüstungsindustrie bei allen Milliarden, die sie einsteckt, nicht auffangen kann. Im verarbeitenden Gewerbe ist die Zahl der Beschäftigten allein im 1.Halbjahr 2026 um 144.000 gesunken, davon 42.000 in der Autoindustrie. Und in diesem Tempo geht es weiter, während zivile Infrastruktur weiter verfällt und die Milliarden aus dem Sondervermögen in die Kriegsertüchtigung gehen.
So wird auf die Lohnabhängigen abgewälzt, was Kapitaleigner und Regierung versäumt haben: den Umbau der Industrie auf eine Produktion, die sich von Kohle, Öl und Gas verabschiedet, Preissteigerungen vermeidet und das Land auf die sich verschärfende Klimakrise vorbereitet.

**Wir müssen uns entscheiden:** Entweder wir sparen das Land kaputt und machen weitere Millionen Menschen arm. Satteln ein paar Betriebe auf Rüstungsproduktion um und lassen zu, dass gleichzeitig weitere Hunderttausende Arbeitsplätze vernichtet werden.
Oder wir erkennen endlich, dass Krieg nur alles kaputt macht und die Klimakrise umgehend energisches Umsteuern verlangt. Eines, das auch Arbeitsplätze sichert und neue schafft.
Darum geht es in diesem Herbst.

# Gegenwehr jetzt!

### Aufruf aus den Betrieben (Auszüge)

[...]

- **Hände weg vom Achtstundentag! Der Achtstundentag ist keine veraltete Vorschrift. Er ist eine der größten sozialen Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung. Wir haben ihn erkämpft und wir werden ihn verteidigen.**
- **Hände weg von der 35-Stunden-Woche! Arbeitszeitverlängerung hat weiteren Personalabbau zur Folge und ist deshalb kein Beitrag zur Lösung der Krise, sondern ein Angriff auf Beschäftigte.**
- **Hände weg von unserer Rente! Keine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters. Kein Angriff auf die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren. Die verblockte Altersteilzeit muss bleiben.**

## Solidarische Politik ist Antifaschismus

*Nicole Mayer-Ahuja*

Die „Alternative für Deutschland" ist keine Alternative für arbeitende Menschen. Aber viele wählen sie, auch Gewerkschaftsmitglieder. Fragt man warum, hört man Bekanntes: Angst um Arbeitsplatz und Zukunft, missachtete Leistung, im Betrieb hat man nichts zu sagen. Nicht Unternehmen, sondern „die Politik" werden kritisiert. Doch das Problem ist das Zusammenspiel, etwa von Massenentlassungen und einer Rentenreform, die das Auffangnetz Altersteilzeit kappt.
Die Regierung erklärt den Rechtsruck mit zögerlichen Reformen. Ganz im Gegenteil! Ohnmacht und Wut lodern auf, wenn man keine

Chance hat, sich gegen solche Politik zu wehren. Wen man auch wählt – jede Regierung verweist auf dieselben „Sachzwänge". Kommissionen, die niemand gewählt hat, schaffen Fakten, die Parlamente nicht zerreden sollen. „Hart arbeitende Menschen" werden gegen Lohnabhängige ausgespielt, die Grundsicherung beziehen oder „in das Sozialsystem zuwandern". Das ist Wasser auf die Mühlen der Rechten, denn sie leben davon, Ungleichheit und Konkurrenz zu schüren.